

Wie Bern die Städte Basel und Genf überholen könnte

Die Diskussion über Gemeindefusionen läuft in der Hauptstadtregion nur zaghaft an

Im Gegensatz zu anderen Orten stehen Gemeindefusionen im Kanton Bern nicht im Vordergrund. Nun wird die Forderung nach der Gründung einer Grossstadt Bern laut – auch mit Blick auf die Bildung einer Hauptstadtregion.

Daniel Gerny, Bern

«Die Agglomeration Bern ist heute zu wenig entwicklungsfähig», sagt klipp und klar Rosmarie Kiener. Sie ist Co-Präsidentin eines vor zwei Jahren ins Leben gerufenen Vereins, dessen Name für die traditionsbewussten Berner alleine schon eine Provokation ist. «Bern neu gründen» nennt sich die Organisation unbescheiden. Sie will die Stadt-berner Grenzen so anpassen, dass sie den «realen Verhältnissen» entsprechen. Köniz (immerhin die viertgrösste Stadt im Kanton), Ostermundigen, Ittingen und Muri sind inzwischen so stark mit der Stadt verwachsen, dass die Grenzen zu Bern im Alltag kaum mehr wahrgenommen werden. Ein gestärktes Zentrum strahle weit über die Agglomeration aus, meint der Verein und verweist auf erfolgreiche Fusionen in Luzern oder Lugano.

Bern so gross wie Genf

Würde man nur schon die vier genannten Gemeinden mit Bern zusammenschliessen, entstünde die zweitgrösste Stadt der Schweiz, grösser als Genf und Basel. Dass der Ruf nach einer grösseren und stärkeren Stadt Bern just in einem Zeitraum erhoben wurde, als die Region Bern vom Bundesamt für Raumplanung aus der Kategorie der Metropolitanräume gestrichen wurde, ist Zufall – die Ursachen für die beiden Ereignisse aber sind ähnlich: Berns Wirtschaftskraft ist mit jener Zürichs oder der Genfersee-Region nicht mehr vergleichbar, die Region verliert im Vergleich an Gewicht und an Ausstrahlung, es fehlt an Dynamik und Entwicklungspotenzial. Genau in diesem Punkt könnte Bern aber durch ein Zusammengehen mit den Vorortsgemeinden aufgeholt werden, meint Kiener.

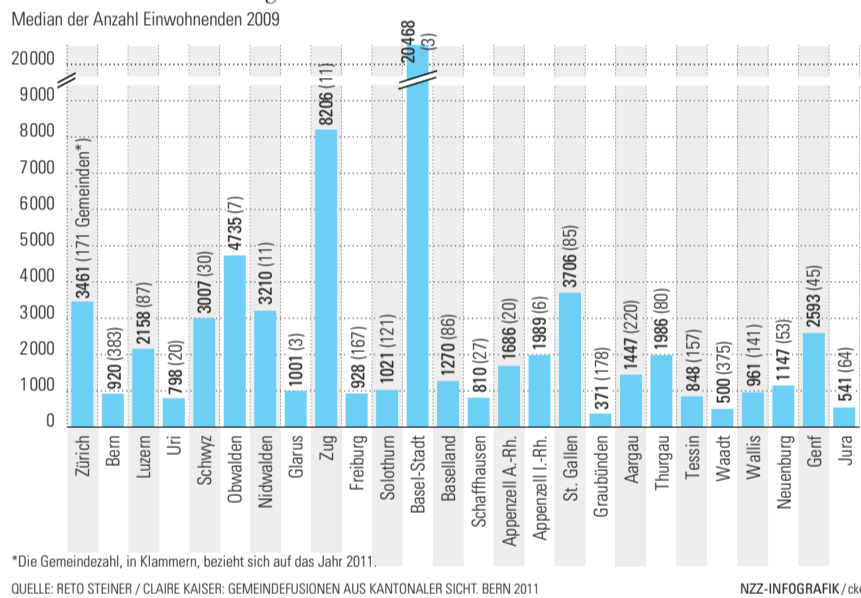
Denn der Kanton Bern weist noch immer eine hohe Dichte an Gemeinden auf: 383 Gemeinden weist die Statistik aus, wobei diese im schweizerischen Vergleich klein sind. Im Kanton Zürich leben in einer mittelgrossen Gemeinde 3461 Einwohner (Medianwert), im Kanton Bern 920 – womit der schweizerische Schnitt (1102) um fast 200 Einwohner unterschritten wird (vgl. Grafik).

In Bern gibt es verhältnismässig viele Kleingemeinden, aber unterdurchschnittlich wenige Städte.* Gemeindefusionen stehen die Berner eher skeptisch gegenüber: 16 Zusammenschlüsse mit 34 Gemeinden kamen seit 2004 zustande, doch alle grösseren Projekte mit mehreren Gemeinden scheiterten. Der Kanton will Fusionen



In Bern wird über eine Grossfusion diskutiert. Betroffen wäre auch Muri (links), rechts das Quartier Wabern.

Die mittlere Gemeindegrösse in der Schweiz



Kanton Bern will Fusionsdruck leicht erhöhen

dgy. · Noch vor der Sommerpause wird der Regierungsrat eine Vorlage definitiv verabschieden, die zusätzliche Impulse für Gemeindefusionen auslösen soll. Die geplanten Massnahmen sind alles andere als revolutionär, und sie werden keine Dynamik wie in anderen Kantonen auslösen. In der Vernehmlassung erwies sich erwartungsgemäss die Lockerung der Bestandesgarantie als Knackpunkt: Heute verbietet es die Kantonsverfassung, eine Fusion gegen den Willen der beteiligten Gemeinden anzuordnen. Neu wäre dies gemäss Ent-

wurf möglich, wenn eine Gemeinde ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen kann oder wenn bei einer Fusion von mehreren Gemeinden die Mehrheit der beteiligten Gemeinden und der Stimmenden der Fusion zugestimmt hat. Ob diese Passage in der Vorlage bleibt, ist offen. Vor allem die SVP wehrt sich vehement dagegen – wobei der zuständige Justizdirektor Christoph Neuhaus dieser Partei angehört. Weniger brisant sind dagegen Vorschläge, wonach Gemeindefusionen in unbestrittenen Fällen erleichtert würden.

künftig zwar etwas stärker fördern (vgl. Kasten), doch die Skepsis bleibt gross.

«In der Tradition gefangen»

Während Zürich im 19. und 20. Jahrhundert sein Bevölkerungswachstum mit der Eingemeindung zahlreicher Dörfer wie Schwamendingen, Oerlikon oder Affoltern vorantrieb, stiess in Bern einzig Bümpliz zur Stadt – vor inzwischen über 90 Jahren. Erklären lässt sich diese Vorliebe für kleine Gemeinden mit Berns Geschichte als Agrarkanton. Bern sei ländlich geprägt, sagt der emeritierte Berner Geografieprofessor Paul Messerli. Das wirke sich sowohl auf die Mentalität der Bevölkerung als auch auf die Struktur des Kantons aus. Letztlich sei der Einfluss der patrizischen und durch Landbesitz reich gewordenen Familien Ursache dafür, dass die Industrialisierung und damit die Verstädterung im Kanton Bern weniger rasch und weniger stark erfolgt seien: «Bern ist in seiner historischen Tradition gefangen geblieben.»

Bis heute sei die Identifikation mit der eigenen Gemeinde deshalb ausgeprägt, beobachtet Ernst Zürcher, Vorsteher der Abteilung Gemeinden in der Berner Justizdirektion. Rein sachlich oder wirtschaftlich würden sich die meisten Fusionen lohnen, doch sie scheitern zuletzt doch meist an emotionalen Gründen. Schon deshalb wären Vorhaben wie eine Fusion zwischen Bern und dem benachbarten Köniz politisch kaum realisierbar. In der Agglomeration Bern sind die Steuerunterschiede zudem so hoch, dass ein Zusammengehen mit Bern für Köniz und erst recht für Muri finanziell nicht attraktiv

ist – ganz abgesehen von der in den bürgerlicher geprägten Vororten verbreiteten Angst, zu stark unter die Fuchtel der rot-grünen Stadt zu geraten.

«Nicht jeder für sich denken»

Schwieriger zu beantworten scheint die Frage, was Fusionen im Hinblick auf die Stärkung der Hauptstadtregion brächten. «Weniger kleinräumige Strukturen in der Agglomeration Bern wären ein Vorteil, entscheidend für das Gelingen ist dieser Faktor nicht», lautet verkürzt das Fazit der von der NZZ angefragten Fachleute. Grundsätzlich werde der Kanton mit starken und gesunden Gemeinden insgesamt wettbewerbsfähiger, wobei grössere Fusionen wirkungsvoller seien, meint Zürcher. Auch Messerli erkennt in einer starken Ausstrahlung Berns Vorteile, beispielsweise in Bezug auf den Kulturbetrieb. Doch das Konzept der Hauptstadtregion lebe – anders als der gescheiterte «Espace Mittelland» – weniger von Bern als Zentrum, sondern der Raum müsse als Städtenez im Verbund mit Freiburg, Solothurn oder Biel funktionieren.

Reto Steiner, Professor für Public Management an der Universität Bern, erkennt im Kanton Bern ebenfalls einen gewissen Nachholbedarf an grösseren Fusionen in zentrumsnahen Gebieten. Die Entwicklung, die andere Städte im letzten Jahrhundert gemacht haben, liesse sich aber nicht einfach nachholen, sagt Steiner, der sich selbst ebenfalls im Verein «Bern neu gründen» engagiert. Der Druck werde zwar auch im Kanton Bern weiter steigen, doch änderten Fusionen alleine nicht unbedingt etwas an der Strukturschwäche einer Region. Kiener dagegen sieht just darin, dass sich ansiedlungswillige Firmen in der kleinräumigen Bürokratie der einzelnen Gemeinden verheddern, einen Standortnachteil: «Wir müssen aufhören, dass jeder für sich denkt.»

Ökonomisch nicht zwingend

Im Hinblick auf die Entwicklung des urbanen Raums – Stichworte: Verkehrsinfrastruktur und Siedlungserweiterung – seien Fusionen ein Vorteil, erklärt auch Daniel Arn, der sich als Anwalt schwerpunktmässig mit kommunalen Fragen beschäftigt und bei der Gründung des Metropolitanraums Zürich mitgewirkt hat. Auch sinke der Verwaltungsaufwand mit der Grösse einer Gemeinde. Eindeutig ist aber auch sein Befund nicht: Über alles hinweggesehen steigen die Ausgaben pro Einwohner nämlich, weil die Aufgaben zunehmen und komplexer werden. Ökonomisch gesehen liesse sich die Forderung nach Fusionen im Hinblick auf die Bildung einer Hauptstadtregion deshalb nur teilweise begründen. Doch wie gesagt: Wenn es um die Wurst geht, sind meistens ohnehin emotionale Faktoren ausschlaggebend.

* Vgl. Reto Steiner: Interkommunale Zusammenarbeit und Gemeindefusionen in der Schweiz. Verlag Paul Haupt, Bern 2002.

IN KÜRZE

Jubiläum des Frauenstimmrechts

(sda) · Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und Bundeskanzlerin Corina Casanova haben am Montag anlässlich einer Feier zum 40-Jahr-Jubiläum des Frauenstimmrechts nationale Politikerinnen und Vorkämpferinnen gewürdigt. Am Festakt erwiesene zudem die Bundesrätinnen Doris Leuthard, Simonetta Sommaruga, Eveline Widmer-Schlumpf und Bundesrat Johann Schneider-Ammann den Pionierinnen des Frauenstimmrechts die Ehre.

SVP will Rütli für Parteien öffnen

(sda) · Die Schweizerische Volkspartei möchte das Rütli für Parteiveranstaltungen öffnen. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft verweigert den Parteien seit Jahrzehnten die Nutzung der

Stätte, an der die Eidgenossen 1291 den Rütli-Schwur geleistet haben sollen. Trotzdem versammelten sich Ende Mai rund 70 SVP-Kader auf der Wiese und bekräftigten ihren Widerstand gegen einen EU-Beitritt. Die SVP will nun das generelle Verbot von Parteianlässen auf dem Rütli mit einem Vorstoss anfechten.

Neue Patientenverfügung

hof. · Die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) und die Schweizerische Akademie der medizinischen Wissenschaften haben ein überarbeitetes Formular für die Patientenverfügung herausgegeben. Sie reagieren damit auf die neue rechtliche Situation: Die Patientenverfügung wird im Erwachsenenalter des Zivilgesetzbuches geregelt; die entsprechende Re-

vision tritt 2013 in Kraft. Mit einer Patientenverfügung kann festgelegt werden, welchen medizinischen Massnahmen im Falle einer Urteilsunfähigkeit zugestimmt wird. Die Patientenverfügung kann unter www.fmh.ch heruntergeladen oder bei der FMH in Bern bestellt werden.

Schoggitaler für mehr Natur im Wald

(sda) · Der Erlös der Schoggitaleraktion 2011 wird für die Sicherung und den Schutz von Waldreservaten in der Schweiz verwendet. Daneben unterstützt die Taleraktion weitere Aktivitäten des Schweizer Heimatschutzes und von Pro Natura. Der Verkauf der traditionellen Schoggitaler aus Schweizer Bio-Vollmilch sowie Kakao aus fairem Handel startet im September.

Tessiner investieren viel Zeit in Pflege

Regionale Unterschiede

(sda) · Im Tessin wenden Angehörige deutlich mehr Zeit für die Pflege von Angehörigen auf als in anderen Landesteilen. Dies geht aus einer Studie hervor, die der Spitex-Verband veröffentlicht hat. Pflegenden Partner investieren in der italienischen Schweiz durchschnittlich 138,2 Stunden pro Woche in die Betreuung von Angehörigen. In der Deutschschweiz liegt der vergleichbare Wert bei 60 Stunden (Pflege durch Partner). Ein Grund für die Unterschiede könnte der höhere Anteil von demenzkranken Menschen sein, die im Tessin zu Hause betreut würden. Absehbar sei gemäss Studie, dass der Bedarf an ambulanter Betreuung weiter wachse.

ANZEIGE

Art|42|Basel 15-19|6|11

Vernissage | 14. Juni 2011 | nur mit Einladung
Art Basel Conversations |
15. bis 19. Juni 2011 | von 10 bis 11 Uhr
Katalogbestellung | www.hatjecantz.de

Follow us on Facebook and Twitter |
www.facebook.com/artbasel |
www.twitter.com/artbasel

The International Art Show
[info@artbasel.com](http://info.artbasel.com), www.artbasel.com

